

Feierabendpolitiker spüren „Gegenwind“

Ratssitzung zu Windparkgelände: Bürgerinitiative stellt Fragen

ENGELSCHOFF. Die Gemeinde Engelschoff will im potentiellen Windparkgelände bis zu 18 Flurstücke, deren Eigentümer nicht ermittelt werden können, übernehmen. Für einen entsprechenden Antrag an das Grundbuchamt stimmten am Donnerstagabend alle Ratsmitglieder. Aus Reihen der Feierabendpolitiker war zuvor „eine ungeheuerliche Unterstellung“ der Bürgerinitiative „Gegenwind“ zurückgewiesen worden.

„Wir wollen Klarheit schaffen“, sagte Bürgermeister Heinz Düe mit Hinweis auf künftige Verträge mit Windparkbetreibern. Deshalb sei die Eigentumsfrage jetzt zu klären. Der Bürgermeister räumte jedoch ein, dass zunächst die unmittelbaren Nachbarn der vakanten Grundstücke das Zugriffsrecht hätten, danach erst die Gemeinde. Insgesamt geht es um knapp 70 Hektar Fläche.

Mögliche Kosten der Grundstücksübernahme – etwa für die Entwässerung, will die Gemeinde später auf den Betreiber der Windenergieanlagen abwälzen. Der Bürgerinitiative Gegenwind gewähre die Gemeinde im Rathaus Einblick in die entsprechenden Akten – so wie es die Windparkgegner gefordert hatten, erklärte Düe.

Aufgrund eines Formfehlers musste die Ratssitzung vom 10.

Mai am Donnerstagabend mit identischer Tagesordnung wiederholt werden.

Die Bürgerinitiative Gegenwind nutzte etwa die Hälfte des nur gut halbstündigen Treffens, um Fragen zu stellen. Initiativesprecher Sven-Erik Frisch zielte dabei besonders auf die finanziellen Risiken eines Windparks für die Gemeinde und damit für alle Einwohner Engelschoffs ab. Wer etwa die Kosten für teure Gutachten trage, wenn der Windpark nicht gebaut werde, wollte Frisch wissen. Schon bei Abschluss eines „Vorhaben- und Erschließungsplans“ würden die Kosten auf den „Vorhabenträger“, sprich den künftigen Windparkbetreiber, übertragen, so Verwaltungsvertreter Jens Martens.

Für Empörung bei Ratsmitgliedern sorgte Frage 6, die Frisch nach anwaltlichem Rat und in juristischer Diktion vorsichtshalber vom Zettel ablas: „Ist einem oder mehreren Ratsmitgliedern ein ‚Handgeld‘ gezahlt oder zugesagt worden, das zu einem späteren Zeitpunkt ausgezahlt werden soll, jedoch unbedingt nach einem positiven Gemeinderatsbeschluss?“ Der in Frageform gekleidete Gedanke, ihnen werde Geld bezahlt, damit sie für einen Windpark stimmen – das ging den Feierabendpolitikern denn doch zu

weit. „Eine ungeheuerliche Unterstellung“ schallte es durch den engen Gruppenraum im Feuerwehrgerätehaus, in dem der Rat tagte.

Nervös mag so manches Ratsmitglied auch der ungewohnte Auftritt eines Fotografen gemacht haben, der fast während der gesamten Ratssitzung durch den Raum pirschte – für die Nachrichtenagentur dpa, wie er auf Anfrage des Bürgermeisters erklärte. Der ließ ihn gewähren. Landschaftsbilder dieses Fotografen sind übrigens auch auf der Internetseite der Bürgerinitiative unter www.gegenwind-engelschoff.de zu sehen.

Damit ein Windpark in Engelschoff entstehen kann, müssen zunächst sowohl der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Himmelpforten als auch das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Stade geändert werden.

Die Unternehmen PNE Wind AG und Umweltmanagement AG aus Cuxhaven werben für ihren Plan, in Engelschoff nach derzeitigem Stand fünf Windkraftanlagen der Leistungskategorie zwei bis drei Megawatt zu errichten. Die Bürgerinitiative Gegenwind hat nach eigenen Angaben ein Drittel der wahlberechtigten Engelschoffer auf ihrer Seite. (cc)



Heinz Düe (Bild links unten), Bürgermeister der 747 Einwohner zählenden Gemeinde Engelschoff (Landkreis Stade), musste den vielen Fragen des BI-Sprechers Sven Frisch (Bild rechts unten) Rede und Antwort stehen.

Fotos: Christian Hager dpa/Ini